

12. Abschließende Betrachtungen

Frames und Felder

Die vorliegende Arbeit analysiert Medieninhalte und journalistische Praxis mit einer Kombination des Bourdieuschen Feldbegriffs und der Frameanalyse. Matthes (2007, 2012) hat betont, dass sich das Frame-Konzept eignet, um den gesamten Prozess politischer Kommunikation abzubilden. Frame-Analysen können daher vielfach zur Anwendung kommen, etwa auf den Ebenen des Frame-Sponsoring von Interessengruppen und sozialen Bewegungen, bei der Auswahl und Veränderung von Frames durch Journalisten und deren Übermittlung in Medieninhalten bis zur Rezeption beim Medienkonsumenten. Ich habe besonderen Fokus auf den Zusammenhang zwischen Frame-Sponsoring (untersucht vor allem anhand des Begriffes der Feldautonomie), journalistischer Praxis und Medieninhalten gelegt. Im Zentrum stand die Frage nach Einflussfaktoren auf das Framing von Medieninhalten, insbesondere von Atomkraft, in japanischen Zeitungen.

Der Unterschied zu anderen Versuchen einer Mehrebenen-Analyse von Frames (vgl. Hänggeli 2012, Hänggeli und Kriesi 2012, Matthes 2012) liegt vor allem darin, dass ich Strategien des Frame-Sponsoring stärker einbeziehe und nach den politischen Akteuren und Gruppen (Politik, Wirtschaft, soziale Bewegungen; auch Wissenschaft) frage, die darauf Einfluss nehmen. Dabei zeigt sich, dass sich Verbindungen zwischen Interessenverbänden, Regierung und sozialen Bewegungen und journalistischer Praxis nicht mit einer einfachen Input-Output-Analyse von Medieninhalten erfassen lassen. Frame-Sponsoring im Konflikt um die Atomkraft in Japan ging weit über das einfache Platzieren von Frames anhand von Pressemitteilungen und PR-Materialien hinaus. Wir haben gesehen, dass mittels Werbeanzeigen systematisch wirtschaftlicher Druck auf Redaktionen ausgeübt wurde. Redaktionsleitungen und einzelne Journalisten wurden auf verschiedenen Wegen eingebunden, so wurde ein Netz von freundlich gesinnten „Atompromis“ und „pronuklearen Aktivisten“ im Medienbereich aufgebaut, und es wurden journalistische Verbände und NPOs finanziert, um das Framing der Atomkraft zu beeinflussen. Rein interne Medienanalysen verfehlen es, derartige Aktivitäten sichtbar zu machen, und bleiben daher in ihrer Fähigkeit beschränkt, die Einflüsse auf die Nachrichten zu erklären. Um die journalistische Praxis zu verstehen, müssen die materiellen

Produktionsbedingungen des journalistischen Feldes untersucht werden. Vor allem das Verhältnis des Journalismus zu Eliten aus Politik und Wirtschaft ist von zentraler Bedeutung.

Die dabei ins Blickfeld rückenden Strategien des „Frame-Sponsoring“ lassen sich meiner Meinung nach besonders gut in der von Bourdieu entwickelten Sprache der sozialen Felder und der Kapitalformen analysieren. Die Autonomie bzw. Heteronomie des journalistischen Feldes ist daher ein zentraler Gegenstand dieser Arbeit. Das Grundproblem der Einflussnahme von Interessengruppen auf Medieninhalte besteht zweifelsfrei in verschiedenen Kontexten. Das Framing von im weitesten Sinne politischen Themen in den Medien hängt stark von den Einflüssen ab, die politische und soziale Gruppen auf das journalistische Feld nehmen können. Das zeigen vergleichende interne Analysen wie die von Entman (2004: 124), der zu dem Schluss kommt, dass man „dem Framing (der politischen Eliten) nicht entkommen kann“.

Vergleich als Methode

Der internationale Vergleich kann aber unter Umständen dazu dienen, dem Framing (nationaler Eliten) eben doch zu entkommen. Er kann auf Streitpunkte aufmerksam machen, die in den nationalen Debatten stummgeschaltet sind, weil sie von einem Lager beherrscht werden. Solche Situationen gehen vermutlich mit einer Schwäche des journalistischen Feldes gegenüber anderen gesellschaftlichen Feldern einher (zu diesem Punkt siehe unten). Es ist nicht einfach festzustellen, in welchen historischen Momenten das journalistische Feld autonomen Einfluss auf das Medienframing ausübt und in welchen Momenten es der Logik anderer Felder oder weiter gefasster politischer und kultureller Einflüsse unterliegt.

Anlass für diese Untersuchung war die Identifikation von offensichtlichen Unterschieden in der Berichterstattung zwischen verschiedenen Ländern. Solche internationalen Vergleiche von Medieninhalten können dazu dienen, versteckte Formen der Medienbeeinflussung und blinde Flecken zu erkennen und aufzudecken, aber auch die Bereiche und Momente zu identifizieren, in denen das journalistische Feld Autonomie entfaltet und selbstständigen Einfluss auf Medieninhalte und öffentliche Diskussionen ausübt. Für die Diskussion über Atomkraft wäre z.B. Frankreich ein interessanter Fall.

Sind dort ähnliche Mechanismen zu erkennen wie in Japan oder findet die Diskussion unter grundsätzlich unterschiedlichen, freieren Bedingun-

gen statt? Auch für andere Themenbereiche und Länder lassen sich meiner Meinung nach ähnliche Fragen stellen. Terzi (2005) weist z.B. darauf hin, dass die Diskussion über das Raubgold der Nazis und die Vermögen der europäischen Juden, die vor und während des Zweiten Weltkrieges in der Schweiz deponiert wurden, in der Schweizer Presse als Angriff auf den Schweizer Bankensektor dargestellt wurden, und fordert eine an Framing-Prozessen orientierte Soziologie öffentlicher Debatten. In Deutschland könnte man fragen, inwiefern eine uneingeschränkte Diskussion z.B. von Skandalen der Automobilindustrie oder der Zweckdienlichkeit der deutschen Austeritätspolitik möglich ist. Wenn das Framing eines Themas zum größten Teil von den (nationalen) politischen und wirtschaftlichen Eliten bestimmt wird, wie die Modelle von Entman (2004) und Benett (Bennett et al. 2006) nahelegen, sind internationale Vergleiche (besonders dort, wo sich deutliche Divergenzen zeigen) für die Erforschung der Qualität und Einschränkungen des Mediendiskurses und damit verbundener Einschränkungen der Autonomie des Journalismus ein sinnvolles Instrument. Benson (2006) hat gefordert, die Frage nach dem autonomen Einfluss des journalistischen Feldes auf die Nachrichtenproduktion ins Zentrum von international vergleichender Kommunikationsforschung zu stellen:

„Such cross-national comparisons could also be oriented toward assessing the extent, precisely, to which the journalistic „field“ per se explains news outcomes. (...) Hallin and Mancini (2004) (...) have stressed the ultimate structuring power of political institutions and political culture. While their arguments are convincing, it is doubtful that politics can provide a complete explanation“ (Benson 2006: 199).

Eine mittlere Analyseebene

Die Grenzen und Verbindungen zwischen journalistischem Feld und den Feldern von Wirtschaft und Politik sind nicht immer auf Anhieb sichtbar. Um z.B. den Einfluss der Wirtschaft auf die Berichterstattung zu zeigen, ist zum Teil mühsame „Detektivarbeit“ erforderlich, weil die Sponsoren von Frames naturgemäß ein Interesse daran haben, ihre Aktivitäten nicht öffentlich zu machen. Ein großer Teil der Aktivitäten findet in geschlossenen Räumen statt, die normalerweise nicht einfach in Form von Daten einsehbar sind. Dies verschiebt den Fokus von einer rein medienwissenschaftlichen, internen Analyse auf eine eher politikwissenschaftliche oder soziologische Herangehensweise mit stärkerem Fokus auf den Produktionsbedingungen von Medieninhalten.

Benson (2004, 2006, 2013) hat argumentiert, dass für die Analyse der journalistischen Autonomie (und Heteronomie) eine Zwischenebene zwischen dem weiter gefassten politischen und kulturellen System (oder in Bourdieus Sprache dem „sozialem Raum“) und einzelnen Medienunternehmen (z.B. Zeitungen) notwendig ist. Meines Erachtens bietet gerade bei Analysen, die über den europäisch-amerikanischen Kulturraum hinausgehen, der Feldbegriff von Bourdieu erhebliche Vorteile gegenüber alternativen Konzepten wie „Mediensystem“ (Hallin und Mancini 2004, 2012), oder „Öffentlichkeit“ (Habermas 1992):

1. Der Feldbegriff ermöglicht es, Aufbau wie auch Verfall von Autonomie zu untersuchen. Während systemtheoretische Ansätze oft entsprechend der Annahme der Modernisierungstheorie eine linear fortschreitende Autonomisierung voraussetzen, hat Bourdieu erkannt, dass Autonomie sich nicht linear in eine Richtung entwickelt. Dieser Aspekt bietet meiner Meinung nach ebenfalls Vorteile gegenüber Habermas' Öffentlichkeitstheorie, in der der Kommunikation gewissermaßen Autonomie schon von selbst auf der Ebene der Sprache innewohnt³⁸².
2. Die Systemperspektive betont die Einheitlichkeit von Systemen. Kohärenz wird als zentrales Ziel eines (gesamten) Systems gesehen (vgl. Bourdieu und Wacquant: 134). Bourdieus Feldbegriff ermöglicht dagegen die Analyse von Kämpfen verschiedener Fraktionen innerhalb eines Feldes.
3. Mit der Konzeptionalisierung von verschiedenen Fraktionen innerhalb eines Feldes einher geht auch die Anerkennung der prägenden Kraft von symbolischem Kapital. Bourdieu betont, dass die Fraktionen innerhalb eines Feldes in Kämpfe über die Vision und Division der Felder verstrickt sind. Die Macht der herrschenden Fraktionen des Feldes besteht zu einem substantiellen Teil in der Autorität, die legitime Interpretation der Wirklichkeit, besonders der Hierarchie und der Grenzen des Feldes, zu bestimmen. Diese konstruktivistische Perspektive ermög-

382 Habermas Theorie des rational-kritischen Diskurses wurde häufig dafür kritisiert, dass die Annahme der Rationalität von Debatten von falschen Voraussetzungen ausgehe, weil sie Machtstrukturen vernachlässige (vgl. Calhoun 1993, Benson 2009). Koller (2010) schlägt vor, das Modell von Habermas für die Erforschung der Öffentlichkeit auf einen empirisch nachprüfbar Kern zu reduzieren. Er sieht die Kernfrage der Öffentlichkeitsforschung darin, inwiefern die Öffentlichkeit frei von Machtstrukturen ist (Koller 2010: 270-271). Zwar stellt Bourdieus Ansatz nicht die Rationalität ins Zentrum, aber der Begriff der Feldautonomie zielt im Kern ebenfalls auf die Freiheit von feldexternen, wirtschaftlichen oder politischen Machtstrukturen.

licht es erst, den Kampf um Definitionen (der Zugehörigkeit zum Feld etc.) zu analysieren.

System-Ansatz

Man könnte versuchen, die in der Arbeit analysierten Charakteristika des Zusammenspiels von Journalismus und anderen Feldern als einen neuen Typ von „Mediensystem“ auf Grundlage von Hallin und Mancinis (2004, 2012) Ansatz zu beschreiben. Der Aufbau von „Atompromis“ und informellen Ehemaligengruppen, die Einbindung von Journalisten in Beratungsgremien und eine schwer überschaubare Zahl an halbstaatlichen Organisationen und NPOs sind eng mit einer Form von politischer Organisation und sozialem Management verbunden, die sich historisch in Japan entwickelt hat (Garon 1997, Johnson 1982). Vermutlich ist einiges daran auf Japan oder zumindest auf Länder, die unter der Kategorie des Entwicklungsstaates zusammengefasst werden, beschränkt (Südkorea ist z.B. das einzige Land, in dem ebenfalls eine „Stiftung für Atomkraftkultur“ existiert; Interview mit Funakoshi Makoto, JAERO).

Der Einfluss dieser spezifischen Form von sozialem Management zeigt sich in der im ersten und zweiten Teil der Arbeit herausgestellten historischen Kontinuität des Framings von „Wissenschaft und Technologie“ (und damit verbunden Atomkraft) zwischen Kriegs- und Nachkriegszeit und der zugrundeliegenden Kontinuität der Verbindungen zwischen Regierung, Interessengruppen und Journalisten. Die moderne Form der Propaganda mit „Atompromis“, der Mobilisierung von verschiedenen sozialen Gruppen und schließlich dem Aufbau pronuklearer NPOs hat ihren Ursprung zum Teil in einem räumlich und zeitlich spezifischen Zusammenspiel von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft. Spezifika dieses Zusammenspiels lassen sich möglicherweise in einem ostasiatischen oder entwicklungsstaatlichen Modell des Journalismus zusammenfassen.

Kernelement dieses Modells könnte eine starke Verbreitung von Zeitungen sein (auf Grundlage von historisch hoher Alphabetisierungsrate; vgl. Hallin und Mancini 2004), die aber mit einer geringeren journalistischen Autonomie einher geht als in den nordeuropäischen und anglo-amerikanischen Systemen. Altman (1981) hat bemerkt, dass die Zeitungen in Japan nicht wie in den südeuropäischen Ländern, die Hallin und Mancini (2004) unter der Kategorie des „polarisierten Pluralismus“ zusammenfassen, primär als Medium zur Kommunikation unter Eliten verstanden wurden. Zeitungen wurden (und werden) als Mittel zur Erziehung und Moderni-

sierung der einfachen Bevölkerung gesehen (vgl. auch Ejiri 1971, Tsugane-sawa 1998). Daraus entstand eine Presse mit den weltweit höchsten Auflagen und einer enormen Verbreitung, die aber vermutlich (auf das gesamte Feld bezogen) einen geringeren Grad an Autonomie aufweist als die Modelle des demokratischen Korporatismus (Nord- und Mitteleuropa) und des Liberalismus (England und Amerika; Hallin und Mancini 2004). Dies lässt sich auf die historische Positionierung des journalistischen Feldes zurückführen. Die japanischen Journalisten waren Teil einer relativ kleinen Elite, die neue Techniken und Technologien aus dem Ausland erlernte und es als Teil ihrer Mission sah, „das Niveau“ der einfachen Bevölkerung anzuheben (vgl. die Slogans des Heimatministeriums, *minryoku kan'yō* etc.). In konfuzianischen Idealen des Lernens, aber auch der Hierarchie und Ordnung (vgl. Shimada 1987) sowie der Ablehnung von Konflikt und Unordnung (vgl. etwa die Argumentation von Yamamoto (2005) zur Entwicklung des Ideals der neutralen Berichterstattung in Japan) ließe sich möglicherweise eine historische Basis des erziehenden Journalismus als professionelles Ideal ausmachen.

Der erziehende Journalismus funktioniert um so besser, je größer die Überschneidung von legitimer Kultur im journalistischen Feld (spezifisch journalistisches symbolisches Kapital) und Staatskultur (offiziell sanktioniertes kulturelles Kapital) ist, also je geringer letztlich die journalistische Autonomie ist. Eine Orientierung am Allgemeinwohl, die allerdings am stärksten in Bereichen ist, in denen sich keine starken gesellschaftlichen Interessengegensätze finden, wie etwa bei Kampagnen für Sicherheit im Straßenverkehr oder bessere Manieren in der Öffentlichkeit (Haruhara 1967, Hirose 1988), und die Existenz einer Vielzahl von sozialen Projekten und Nebengeschäften könnte ebenfalls ein Charakteristikum dieses Modells sein (vgl. z.B. die außerordentliche Zahl von sozialen Projekten der Mainichi Shinbun; Mainichi Shinbunsha 2002 Band 3: 160). Aus der Nähe von legitimem Journalismus und staatlich definierter legitimer Kultur erklärt sich meines Erachtens auch das aus Bourdieus Sicht umgedrehte Verhältnis zwischen Boulevard und Qualitätszeitungen (zwischen feldspezifischem symbolischem Kapital und ökonomischem Kapital). Die Qualitätszeitungen haben höhere Auflagen als die Boulevardblätter, weil sie eine auf relativ breitem Konsens beruhende legitime journalistische Kultur vertreten können. Eine zentrale Frage ist, wie kritisch und unabhängig ein solcher Journalismus sein kann.

Probleme des System-Ansatzes: Modernisierung

Schon bei einer etwas genaueren Betrachtung fallen aber die Probleme auf, die der Systembegriff und vor allem die Webersche Modernisierungstheorie mit sich bringen, die Hallin und Mancini (2004: 59) sich zu eigen machen, indem sie die Entwicklung von „rational-legaler Herrschaft“ als Katalysator journalistischer Autonomie interpretieren. Die Einschränkung der journalistischen Autonomie während der langen Kriegszeit (1931-1945) in Japan stand ganz im Zeichen der Modernisierung (vgl. Garon 1997). Die „Erneuerer“ (vgl. Kapitel 2) bauten verschiedene Institutionen auf, die dahingehend wirkten, die Autonomie des journalistischen Feldes zu begrenzen und es mit dem wirtschaftlichen und dem politischen Feld gleichzuschalten. Aus dem dritten Teil der Arbeit wird vor allem die Rolle des Polizeijournalismus als Eintrittskarte ins journalistische Feld deutlich, die dahin wirkt, den angehenden Journalisten „Staatsdenken“ einzuimpfen und sie zu „nützlichen“ Journalisten auszubilden³⁸³. Der Polizeijournalismus ist historisch in der gleichen Phase entstanden wie die Bürgerorganisationen unter dem Schirm des Heimatministeriums, die bei der Durchführung von „moralischen Erziehungskampagnen“ genutzt wurden. Ebenso fällt die Ausweitung der Einbindung von Journalisten in Beratungsgremien der Regierung in diese Phase. Eine institutionalisierte Verbindung des Journalismus ins wirtschaftliche Feld bilden die Event-Abteilungen der Zeitungen (*jigyōbu*). Auch hier tritt die Bedeutung von koordinierten Medienkampagnen, die häufig auf eine Erziehung und Modernisierung der Bevölkerung zielten, hervor.

Die historische Betrachtung zeigt also, dass soziale Differenzierung (die zunehmende Aufteilung der gesellschaftlichen Arbeit in getrennte Teilbereiche), die Hallin und Mancini (2004; Weber folgend) als Einbahnstraße in Richtung höherer Autonomie (und möglicherweise weltweiter Konvergenz hin zum amerikanischen Modell des Journalismus) sehen, keinesfalls nur in eine Richtung wirkt. Bourdieus Feldbegriff bietet den Vorteil, dass die Theorie sozialer Differenzierung hier nicht als Einbahnstraße mit positiver Richtung konzeptualisiert wird. Felder können Autonomie erlangen, sie können sie aber ebenso wieder verlieren. Überhaupt steht die Autonomie der Felder immer in einem Spannungsverhältnis zum Feld der Macht. Die Verbindungen zwischen journalistischem Feld und den anderen Fel-

383 Aus der Institution des Polizeijournalismus dürfte sich übrigens auch das hohe Vertrauen erklären, das der japanischen Polizei in Umfragen zugesprochen wird (vgl. Pharr 1997).

dern sind historisch weniger stabil als die von Hallin und Mancini gezeigten Strukturen des Medienmarktes und des politischen Systems. Die Analyse des japanischen Journalismus als Feld zeigt, dass es historische Phasen (und Teile des Feldes) mit starker (relativer) Autonomie gibt, aber auch Phasen, in denen die Autonomie abnimmt.

Ironischerweise fallen die pronuklearen Kampagnen der 1950er Jahre in eine autonomere Phase. In Kapitel 9 habe ich argumentiert, dass der japanische Journalismus nach dem Krieg mit dem Aufkommen der Gewerkschaftsbewegung eine stärkere Autonomie erreichte. Die Zeitungen wurden zum einflussreichen Verbündeten der Oppositionsparteien. Die Zeitungsgewerkschaften nahmen Einfluss auf die Inhalte der Zeitungen. Honda berichtet vom hohen Status, den Journalisten z.B. gegenüber der Polizei hatten (Honda 1986). Beppu (2012) weist darauf hin, dass (Zeitungs-) Journalisten in dieser Phase investigative Leistungen vollbrachten, wie die Aufdeckung eines von der Polizei inszenierten Bombenanschlags, für den Unschuldige zu hohen Haftstrafen verurteilt werden sollten (*Sugō jiken*). Die starke Unterstützung des Journalismus für die Atomkraft kann in dieser Phase nicht an der Heteronomie des Feldes gelegen haben, sondern schlicht daran, dass eine fundamentale Kritik an der zivilen Nutzung der Atomkraft zu dieser Zeit noch nicht denkbar war³⁸⁴. Insofern beruhen meiner Meinung nach Studien, die nach dem Grund fragen, warum in den 1950er Jahren die zivile Nutzung der Atomkraft und die Nutzung für Atomwaffen getrennt behandelt wurden (Yamamoto 2012), auf einer falschen Grundannahme. Sicher sind Metaphern wie die der „nuklearen Allergie“ in der historischen Erfahrung der Atombombenabwürfe begründet, aber daraus folgt noch keine automatische Ablehnung der zivilen Nutzung der Atomkraft. Die Metapher der nuklearen Allergie bezog sich zunächst auf die ablehnende Haltung der Bevölkerung gegen die Stationierung amerikanischer Atomwaffen in Japan (Arase und Okayasu 1968). Erst in den 1970er Jahren wurde die Atomkraft zum Streitthema.

Der auf der Modernisierungstheorie basierende Ansatz kann zwar eine Autonomisierung feststellen, ist aber naturgemäß blind gegenüber dem Verfall von Autonomie. Er verstellt den Blick auf die Bewegung zur Einschränkung der Autonomie, die sich in den 1960er Jahren intensivierte. Der Professionalismus des Gesellschaftsteils der Zeitungen blieb bis in die

384 In Bourdieus Terminologie könnte man sagen, die Entwicklung der Atomkraft als zukunftssträchtige Energie war damals noch auf einer Ebene, in der sie als selbstverständlich akzeptiert und nicht hinterfragt wurde (Doxa). Dies änderte sich erst mit dem Auftreten der kritischen Wissenschaftler in den 1970er Jahren.

1970er Jahre und die Zeit der Umweltberichterstattung (*kōgai hōdō*) sehr einflussreich, sein Handlungsspielraum wurde aber nach und nach eingeengt. Nezu (2018) setzt den Beginn der konservativen Gegenbewegung im journalistischen Feld auf 1956 an, als ein militanter Antikommunist mit Unterstützung der Unternehmerverbände an die Spitze des Fernsehsenders Bunka Hōsō (später Fuji TV) gesetzt wurde. Nach den Protesten gegen den amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrag 1960 verstärkte sich diese Bewegung. Die Zeitungen Sankei Shinbun und später Yomiuri Shinbun wurden von der Wirtschaftswelt bzw. der Welt der Politik „umgedreht“ (vgl. Kapitel 9 und 10; Nihon Shinbun Rōdō Kumiai Rengō 1980) und stärker wirtschaftlicher und politischer Logik unterworfen. Die Autonomie des journalistischen Feldes nahm ab. Die Zeitungsgewerkschaft stellt die Zeit nach den 1960er Jahren in ihrer Chronik des japanischen Zeitungsjournalismus als eine „Phase der Unterdrückung“ (*dan'atsu-ki*; Nihon Shinbun Rōdō Kumiai Rengō 1980) dar. Die 1970er Jahre, als die Atomkraft zu einem Streitthema wurde, zeigen eine fortschreitende Schwächung der Autonomie des journalistischen Feldes, aber auch der angrenzenden Felder kultureller Produktion. Werbeanzeigen begannen in dieser Phase einen höheren Anteil an den Einnahmen der Zeitungsverlage auszumachen. Der Gründung der „Stiftung für Atomkraftkultur“ folgte die Mobilisierung von konservativen Kulturschaffenden in anderen Feldern durch die Regierungen Ōhira (1978-80) und Nakasone (1982-1987) (vgl. Aoki 1983). Bereits in den 1960er Jahren hatte die LDP „den Aufbau und die Unterstützung von konservativen Kulturschaffenden“ gefordert (Nihon Shinbun Rōdō Kumiai Rengō 1980: 342). Wie ich in Kapitel 4 gezeigt habe, wurde im Bereich der Atomkraft ein System etabliert, das den Journalismus auf einen pronuklearen Kurs drängte.

Diese Bewegung gewann in den 1980er und 1990 Jahren noch an Einfluss. Die Autonomie der Zeitungen wurde durch die konservative Zeitungskritik weiter eingeschränkt (Itō 1990). Gleichzeitig gab es wiederholte Versuche die Autonomie der Zeitungen wieder auszuweiten (siehe unten). Die Entwicklungen in Folge des Atomunfalls können ebenfalls als ein solcher Versuch gewertet werden.

Die Konsequenzen der „Asahi-Affäre“ (Kapitel 10) konnten wegen der Begrenzung des Untersuchungszeitraums in der Arbeit nicht mehr ausführlich untersucht werden. Der Austritt von Kritikern aus der Asahi-Redaktion (Interview mit M.), der Verlust an symbolischem Kapital der Abteilung für Sonderberichterstattung und der Rückgang der Auflagenzahl nach der Affäre (Asahi Shinbun Kisha Yūshi 2015) lassen aber vermuten,

dass die stärkere Autonomie des journalistischen Feldes nach einer aktiven Phase signifikant eingeschränkt wurde.

Probleme des System-Ansatzes: Positionen innerhalb des Feldes

Bourdieu siedelt den Motor für sozialen Wandel bei den Kämpfen zwischen Fraktionen innerhalb des Feldes an. Dies liefert eine Alternative zu einer naiv positiven, evolutionären Sicht auf die Entwicklung von Autonomie. Gleichzeitig wird ein weiteres Problem gelöst, das sich meiner Ansicht nach aus dem Systembegriff ergibt, die mangelnde Konzeptualisierung von system- oder feldinternen Differenzierungsprozessen. Die Systemtheorie sieht Teilsysteme vor allem auf Selbsterhaltung ausgerichtet. Der Systembegriff suggeriert eine innere Einheitlichkeit und Stabilität des Feldes, die nicht gegeben ist. Bourdieu entwickelt dagegen die Unterscheidung von kulturellem Pol und ökonomischem Pol, von Avantgarde und etablierten Fraktionen, um interne Kämpfe um die Vorherrschaft innerhalb eines Feldes abzubilden.

Mit einer solchen internen Differenzierung lassen sich auch verschiedene Interpretationen von Medien und Politik im japanischen Kontext besser integrieren. Die Literatur zu Medien und Politik in Japan lässt sich in drei verschiedene Interpretationen einteilen:

- 1) Die Medien als Kritiker und Oppositionersatz in einem Staat mit lang anhaltender Einparteienherrschaft (Kabashima et al. 2010, Kabashima und Steel 2010, Kyōgoku 1983);
- 2) die Medien als systemstützendes Element (Freeman 2000, Feldman 1993, Feldman 2011, Krauss 2000);
- 3) die Medien als vermittelndes Element zwischen verschiedenen Machtpolen (Kabashima und Broadbent 1986, Kim 1981).

Die Analyse hat gezeigt, dass alle drei Funktionen von verschiedenen Typen von Journalisten ausgeübt werden. Welcher Typus die Vorherrschaft in einem Teil des Feldes hat, hängt von verschiedenen Faktoren, vor allem von der Positionierung des Journalisten, der Medienorganisation und der Teilredaktion innerhalb des Feldes ab. Diese Erkenntnis steht im Kontrast zu rein externen Erklärungen, die den Einfluss von Presseklubs und die Einheit „der Medien“ betonen (Freeman 2000).

Teilredaktionen

Da es sich bei den japanischen Zeitungen um „Omnibus-Medien“ handelt, die einen Großteil der Bevölkerung erreichen (in Japan wird immer noch nahezu eine Zeitung pro Haushalt verkauft), werden innerhalb der Redaktionen verschiedene soziale Felder und politische Positionen abgebildet. Mit dem Gegensatz zwischen verschiedenen Kapitalsorten lassen sich sowohl die unterschiedlichen Positionierungen von verschiedenen Teilredaktionen als auch von verschiedenen Medienorganisationen gut erklären.

Die größte Nähe zu einem autonomen, nicht von ökonomischer oder politischer Logik bestimmten Pol erreicht in den japanischen Zeitungen der Gesellschaftsteil. In der Zeitungswelt ist er in der Regel synonym mit Ideen gesellschaftlicher Gerechtigkeit und einem Journalismus, der auf der Seite der Schwachen steht (*jakusha ni yorisou*) und die Mächtigen überwacht (*kenryoku kanshi*; Asahi Shinbun Kisha Yūshi 2015). Vieles spricht dafür, dass dieser Professionalismus sich an universellen Maßstäben orientiert. Japanische Journalisten haben sich Begriffe amerikanischen Ursprungs wie „das Recht des Bürgers zu wissen“ (*shiru kenri*) und Informationsfreiheit (*jōhō kōkai*) angeeignet. D.h. aber nicht, dass es sich hier um eine Amerikanisierung des Journalismus (wie sie von Hallin und Mancini betont wurde (2004)) handelt. Wie sich an der konservativen Zeitungskritik ablesen lässt, standen die Normen des Gesellschaftsteils der japanischen Zeitungen klassisch auch für Kritik an amerikanischer Politik, wo sie als ungerecht empfunden wurde (der Vietnamkrieg wurde in den japanischen Medien scharf kritisiert; Beppu 2012), und einer freundschaftlichen Orientierung gegenüber dem „Ostblock“ (der Japanische Journalismusverband JCJ blieb über die gesamte Periode des Kalten Krieges Mitglied des vom „Ostblock“ organisierten internationalen Verbandes der Journalisten, vgl. Nihon Shinbun Rōdō Kumiai Rengō 1980). Diese Orientierungen deckten sich größtenteils mit den Orientierungen der japanischen Opposition unter der Herrschaft der LDP. Von Konservativen wurde diese Orientierung deshalb als Parteilichkeit kritisiert (Packard 1966, Sassa 1983). Bedenkt man aber, dass die LDP als langjährige Regierungspartei über strukturelle Vorteile verfügt, so lässt sich argumentieren, dass diese Oppositionshaltung durchaus als Ausdruck eines journalistischen Professionalismus verstanden werden kann (vgl. Matsuyama 1972). Benson (2013) sieht es ebenfalls als notwendig an, dass Medien generell eher dazu tendieren, die Partei zu kritisieren, die an der Macht ist.

Die klassischen Themen des Gesellschaftsteils sind neben Kriminalität und politischen und wirtschaftlichen Skandalen die Opfer des zweiten

Weltkrieges (z.B. die Atombombenopfer), aber (seit den 1980er Jahren) auch die Opfer der japanischen Besetzung in China und Korea sowie Minderheiten wie die Nachfahren diskriminierter Kasten (*burakumin*). Auch die Friedensbewegung und die Anti-Atombombenbewegung waren über die gesamte Nachkriegszeit wichtige Themen im Gesellschaftsteil der Zeitungen (vgl. Asahi Shinbun Kisha Yūshi 2015, Itō 1987, Uozumi 2000).

Den Gegenpol zu diesem Modell des kritischen Journalismus bilden der Politikteil und der Wirtschaftsteil der Zeitungen. Sie werden stärker von den Logiken der Felder beherrscht, die sie journalistisch abdecken. Sie propagieren weiterhin (mehrheitlich) einen eher staatstragenden, erzieherischen Journalismus, der sich auch in eine komplette Unterordnung unter die Logiken des politischen oder des wirtschaftlichen Feldes verwandeln kann. Dass der Politikjournalist Ogata Taketora trotz seiner ambivalenten Rolle in der Kriegs- und Nachkriegszeit von der Asahi Shinbun immer noch als Vorkämpfer des japanischen Journalismus gefeiert wird (Asahi Shinbunsha Hyakunenshi Henshū'inkai 1995, Imanishi 2007, 2008), spricht für den anhaltenden Einfluss des erzieherischen Ideals im japanischen Journalismus.

Der Ende der 1950er Jahre entstandene japanische Wissenschaftsjournalismus stand ebenfalls in einem Spannungsverhältnis zum journalistischen Modell des Gesellschaftsteils. Innerhalb der Zeitungen wurde dieser Bereich sowohl von eher kritischen Journalisten als auch von staatstragenden Journalisten als tendenziell minderwertige Abteilung gesehen. Vielen der angehenden Wissenschaftsjournalisten wurde von ihren Kollegen abgeraten, sich in den Wissenschaftsteil versetzen zu lassen (vgl. die Interviews in Tsuchiya 2014). Das symbolische Kapital des Wissenschaftsjournalismus war (und ist) deutlich geringer als das von anderen Teilen der Zeitung. Der „pronukleare Aktivismus“ einiger der vorgestellten Wissenschaftsjournalisten erklärt sich auch aus diesem Mangel an symbolischem Kapital. Kimura Shigeru, der „Kaiser“ des Wissenschaftsteils der Asahi Shinbun, wurde von seinen jüngeren Kollegen dafür gepriesen, dass er „*die Wissenschaftsnachrichten auf die erste Seite brachte*“ (Mori et al. 1988). Die Atomkraft war *das Thema* für die Wissenschaftsjournalisten der ersten Stunde. Mit spektakulären Fortschritten und grandiosen Zukunftsvisionen eroberten sie sich ihren Platz auf den Titelseiten. Erst seit den 1970er und 1980er Jahren entstand in diesem Unterfeld auch ein kritisches Ideal, das statt dem Übersetzen von Wissenschaft für den einfachen Leser eine kritische Bewertung von Wissenschaft und Technologie forderte (Ozeki 2011 a, b, c, Ozeki 2013). Dieser kritische Wissenschaftsjournalismus konnte nur in den auto-

nomeren Zeitungen Fuß fassen und entwickelte sich auch dort je nach der Struktur des Unterfeldes unterschiedlich.

Zeitungsunternehmen

Kapitel 9 bis 11 haben gezeigt, dass es in Japan enorme Unterschiede zwischen dem Grad an Feldautonomie gibt, den Journalisten in verschiedenen Zeitungen ausüben. Auch hier bietet Bourdieus Ansatz der Unterscheidung zwischen kulturellem bzw. symbolischem Pol und wirtschaftlichem Pol eine deutlich höhere Trennschärfe als der Systembegriff, der keinerlei Ansätze für die Erklärung von unterschiedlichen Positionen (und damit einhergehend Positionierungen, z.B. unterschiedlichen professionellen Idealen) innerhalb des „Mediensystems“ liefert.

Seit die Yomiuri Shinbun sich durch den Aufstieg von Watanabe Tsuneo stärker in die Richtung des Think-Tank-Journalismus (Watanabe selbst benutzt den Begriff Vorschlagsjournalismus, *teigen-gata hōdō*, es handelt sich aber um das gleiche Ideal des Erziehungsjournalismus, das schon von Ogata propagiert wurde) bewegt hat, gewann diese Strömung im Journalismus wieder an Gewicht. Das konsequent und einheitlich positive Framing der Atomkraft lässt sich nur aus dieser geringen journalistischen Autonomie erklären. Aber viele Journalisten in der Yomiuri Shinbun zweifeln selbst an der Legitimität dieses Modells (Interviews mit Asaba Masaharu, S., K.). In der Yomiuri Shinbun beherrscht die politische und wirtschaftliche Logik nahezu die gesamte Organisation. Vom professionellen Modell des Gesellschaftsteils ist hier kaum noch etwas übrig. Die Zeitung ist zwar ökonomisch relativ erfolgreich, aber ihre Instrumentalisierung für politische und private Zwecke hat ihren Preis in Form von symbolischem Kapital. Ein ehemaliger Journalist der Yomiuri Shinbun konstatierte:

„Die Yomiuri kann so etwas wie die Asahi Shinbun (mit der Abteilung für Sonderberichterstattung) nicht machen. Da (bei der Kampagne zur Änderung der Verfassung) saßen nur alte Männer, die sich kaum noch bewegen können (...). Über die Zeitungen wird immer noch in der Reihenfolge Chō³⁸⁵-Mai-Yomi gesprochen“ (Interview mit Ozeki Ken'ichirō).

Die autonomen Zeitungen Asahi Shinbun und Mainichi Shinbun bilden, wenn man das symbolische Kapital betrachtet, weiterhin den oberen Teil des journalistischen Feldes in Japan. In diesen Zeitungen funktioniert

385 Chō steht für das Schriftzeichen mit der Lesung *Asa* in Asahi Shinbun.

das System der Medienkontrolle weniger als in der Yomiuri Shinbun. Das geringere symbolische Kapital hat auch den paradoxen Effekt, dass die japanische Medienforschung (in der viele ehemalige Journalisten tätig sind) die Yomiuri Shinbun, immerhin die mit Abstand größte Zeitung des Landes, häufig ignoriert (noch stärker ist dieser Trend bei der Sankei Shinbun). So existierte vor 2011 keine einzige Inhaltsanalyse zu der Atomkraftberichterstattung der Zeitung, obwohl sie eine enorm wichtige Rolle bei der Einführung der Atomkraft spielte. Aufgrund ihres hohen symbolischen Kapitals bildet die Asahi Shinbun das häufigste Objekt der Analyse sowohl von externen (so z.B. Iwase 1998) als auch internen Untersuchungen (so bei Itō Hiroshi 2002, 2003, 2005 und Ōyama 1999).

Wenn daher von Zeitungskritik die Rede ist, handelt es sich meistens um Kritik der Asahi Shinbun. Die Asahi Shinbun als Ganzes bewegte sich seit dem gescheiterten Versuch einer „konservativen Revolution“ von 1960-1963 im autonomen Bereich des Feldes. Benson (2013: 37) argumentiert gegen Bourdieus ursprüngliches Modell, dass es keinen Widerspruch zwischen wirtschaftlichem Erfolg und kritischem Journalismus (symbolischem Kapital) gibt. Er stellt Bourdieus kulturellem Pol einen „*civic Pole*“ gegenüber, der wirtschaftlichen Erfolg mit kritischem Journalismus kombiniert³⁸⁶.

Möglicherweise aufgrund dieser (in absoluter Kapitalmenge gesehen) doppelten Spitzenposition bei ökonomischem und symbolischem Kapital wurde bei der Asahi Shinbun versucht, die erzieherischen Ideale des Dienstes am Staat mit dem kritischen Professionalismus des Gesellschaftsteils zu vereinbaren. Aus diesen Versuchen der Reform und Autonomisierung folgten auch das Verbot der Mitarbeit in Beratungsgremien und die Verfolgung einer autonomen Linie bei der Journalistenausbildung.

In der Asahi Shinbun beherrschte bis in die 1980er Jahre die professionelle Logik des Wissenschaftsteils die Atomkraftberichterstattung. Die interne Revolution gegen den „Kaiser“ des Wissenschaftsteils in Tokyo, angeführt vom Gesellschaftsteil, war Konsequenz der journalistischen Autonomie. Es handelte sich aber um eine unvollständige Revolution. Das erzieherische professionelle Modell im Wissenschaftsteil blieb einflussreich. In Osaka etablierte sich ein Gegenpol zum erzieherischen Wissenschaftsteil in Tokyo. Für die Phase vor 2011 lässt sich die Positionierung der Asahi Shinbun zwischen Mainichi Shinbun (kritisch) und Yomiuri Shinbun (erzieherisch) aus der Position im Feld erklären. Die Zeitung verfügt über mehr symbolisches Kapital als beide Konkurrenten, der Anteil von feldspezifi-

386 An diesem sieht er in den USA z.B. die New York Times positioniert.

schem symbolischem Kapital am Gesamtkapital (der Summe aus ökonomischem und feldspezifischem symbolischem Kapital) ist aber geringer als bei der Mainichi Shinbun.

Die Mainichi Shinbun bildet von Position und innerer Struktur das eigentliche Gegenmodell zur hierarchisch organisierten Yomiuri Shinbun. Bedingt durch die Zersplitterung der Aktionärsstruktur (die ein Produkt der Reformen der Kriegszeit ist), konnten hier verschiedene Machtzentren parallel nebeneinander existieren. Der Wissenschaftsteil blieb bis in die 1990er Jahre stärker der professionellen Logik des Gesellschaftsteils untergeordnet. Bis 1982 gab es keinen eigenen Wissenschaftsdesk, das Wissenschaftsteam war Teil des Gesellschaftsteils (Kapitel 11). Auch nach dem Ausbau der Wissenschaftsredaktion 1995 wurde die Leitung des Wissenschaftsteils in mehreren Fällen gleichzeitig vom Chef des Gesellschaftsteils wahrgenommen (vgl. dazu die Veröffentlichungen zu Personalwechslern im Archiv der Mainichi Shinbun). Die Dominanz der professionellen Logik des Gesellschaftsteils führte dazu, dass das Framing der Atomkraft in der Mainichi Shinbun kritischer blieb als in den anderen Zeitungen. Daraus ergaben sich Konflikte zwischen einzelnen Journalisten und dem Management der Zeitung, das auf Druck der Stromversorger versuchte, die Logik des wirtschaftlichen Feldes durchzusetzen. Die Versuche des Managements, eine positivere Atomkraftberichterstattung zu erreichen, hatten ihren Ursprung nicht zufällig in einer Kampagne, die unter Beteiligung des firmeneigenen Think-Tanks zum Problem der Überbevölkerung (Jinkō Mondai Chōsakai) organisiert wurde. Die Think-Tank-Funktion der Zeitungen bildet eine Brücke zur Welt der Wirtschaft und Politik, direkte und scharfe Kritik wird von ihren Vertretern nicht geschätzt.

Die Atomkraftberichterstattung vor 2011 folgt eher dem ursprünglichen Modell Bourdieus. Die stärker am kulturellen Pol positionierte Mainichi Shinbun lieferte die kritischeren Berichte. Eingeschränkt wurde dies aber durch die permanenten Eingriffe in die Autonomie, die wiederum durch wirtschaftliche Schwäche bedingt waren. In der Asahi Shinbun, die an Bensons „*civic Pole*“ positioniert ist, herrscht zwar durch die relative wirtschaftliche Sicherheit Autonomie gegenüber Einflussnahmen aus dem wirtschaftlichen Feld. Aufgrund der internen Dominanz von Erziehern und Umweltjournalisten sah das „nukleare Dorf“ hier aber wohl auch weniger Notwendigkeit überhaupt Einfluss zu nehmen.

Der „Fukushima-Effekt“: eine Neuformulierung der Orthodoxie

In der vorliegenden Untersuchung hat sich gezeigt, dass der Atomunfall von Fukushima eine Phase von journalistischer Autonomie in der Berichterstattung eingeläutet hat. Auch hier zeigt die Analyse meiner Meinung nach einen weiteren Vorteil des Feldansatzes. Mit dem Begriff des symbolischen Kapitals wird der Tatsache Rechnung getragen, dass Macht nicht nur physisch ausgeübt wird, sondern zu einem maßgeblichen Teil durch die Formulierung der Legitimität begründet ist. Bourdieu nennt dies die Prinzipien von Vision und Division, die Orthodoxie, über die in den oberen Bereichen des Feldes entschieden wird. Der „neue Journalismus“ der Abteilung für Sonderberichterstattung bei der Asahi Shinbun lässt sich als Neudefinition der Orthodoxie des Feldes verstehen. Der ehemalige Chef dieser Abteilung bezeichnete seine Kampagne als *„Bewegung, um die Selbstbestimmung im Journalismus wiederzuerlangen“*. Dies weist darauf hin, dass es sich um eine Bewegung handelte, durch die Journalisten versuchen, *„Ergebnisse zu beeinflussen“*, wie Benson es ausdrückt. Der Unfall fiel zusammen mit strukturellen Reformen in der Redaktion der Asahi Shinbun und Versuchen eine stärker kritisch orientierte journalistische Praxis zu etablieren. Unter diesen Bedingungen erzeugte die Journalismuskritik vor allem innerhalb des Feldes selbst und aus den von kulturellem Kapital dominierten Bereichen des sozialen Raums eine hohe Resonanz. Der Schub an kritischen Berichten in der Asahi Shinbun kann als Versuch gewertet werden, symbolisches Kapital zurückzugewinnen, das durch den Atomunfall von Fukushima verloren wurde.

Die Inhaltsanalyse hat gezeigt, dass die Abteilung für Sonderberichterstattung der Asahi Shinbun zum Motor der Kritik an der Atomwirtschaft und Regierung wurde. Eine neue Ära des kritischen Journalismus schien zu beginnen. In scharfem Kontrast dazu steht die Reaktion der Yomiuri Shinbun auf den Atomunfall. Hier zeigt sich eine starke Kontinuität der Inhalte auch nach 2011. Die enge Einbindung von Journalisten in Beratungsgremien und pronukleare NPOs sowie persönliche und geschäftliche Vorteile, die daraus gezogen werden, machen offene und direkte Kritik an der Atomindustrie und Verwaltung nahezu unmöglich. Eine Gruppe von anonymen Journalisten der Asahi Shinbun schreibt verallgemeinernd über die Yomiuri Shinbun: *„Die Journalisten, die hier anfangen, haben oft von vornherein keinerlei Illusionen über Meinungsfreiheit oder Journalismus“* (Asahi Shinbun Kisha Yūshi 2015).

Polarisierung des Feldes

Hallin und Mancini (2004) führen eine stärkere Polarisierung innerhalb der südeuropäischen Mediensysteme ebenfalls auf die Entwicklung von „rational-legaler Herrschaft“ zurück bzw. auf die Abwesenheit einer solchen Rationalität (vgl. die Ausführungen zur Modernisierung oben). Eine solche Kausalität lässt sich in der Analyse ebenfalls nicht bestätigen. In Bourdieus Modell ist die Polarisierung (die Aufteilung in verschiedene Pole) gleichbedeutend mit dem Bruch mit der *Doxa*, den als selbstverständlich genommenen, unbemerkten Annahmen. Auch diese bewegt sich keinesfalls in linear abnehmender Richtung (bei Bourdieu kann Polarisierung im Gegenteil eher als Zeichen von Fortschritt gesehen werden). Auch hier hat die Untersuchung gezeigt, dass eine lineare Entwicklung hin zu einem anerkannten Allgemeinwohl oder einem allgemein geteilten journalistischen Ideal sich empirisch nicht bestätigen lässt. Allerdings fällt die Phase höherer Autonomie von den 1950er bis in die 1970er Jahre mit einer vermutlich geringeren internen Polarisierung des Feldes zusammen. Vieles spricht dafür, dass gerade die geringere Polarisierung eine höhere Autonomie ermöglicht. In dieser Hinsicht wäre es denkbar verschiedene Felder nach verschiedenen Graden von Polarisierung zu unterscheiden und Bourdieus Modell so zu erweitern.

Während es vor dem Atomunfall von Fukushima 2011 und der Wahl von Abe Shinzō zum Ministerpräsidenten 2012 noch stärkere Übereinstimmungen zwischen den „drei Großen“ der japanischen Zeitungswelt gab, ist das journalistische Feld seit 2011 stärker polarisiert. Früher war die rechte Sankei Shinbun der journalistische Außenseiter, die als einzige Zeitung nicht in der Zeitungsgewerkschaft vertreten war. Nach dem Atomunfall hat sich die Yomiuri Shinbun weiter nach rechts bewegt. Abe selbst und zentrale politische Verbündete stehen schon lange in Konflikten mit dem journalistischen Feld, speziell mit der Asahi Shinbun. Seine Machtbasis sind die Revisionisten, welche im Kern einer Bewegung stehen, die den Mediendiskurs zurück auf eine nationalistische Linie bringen will und den Professionalismus des Gesellschaftsteils als einseitig (*benkō shite iru*) kritisiert (vgl. Jōmaru 2011). Abe selbst stand 2006 im Zentrum einer Affäre, als er und einige Mitstreiter Druck auf Manager des öffentlichen Rundfunks ausübten, in dessen Folge ein Programm, welches das Problem der Zwangsprostitution aus kritischer Perspektive darstellte, durch das Management entschärft wurde (Kawasaki und Shibata 2008). Die Einflussnahme war von der Asahi Shinbun thematisiert worden und führte zu einem

Konflikt zwischen NHK und Asahi Shinbun (Abe stand dabei auf der Seite von NHK).

Zentrale Projekte der Regierung Abe zielten auf stärkere Kontrolle von Informationen. 2013 wurde ein „Geheimhaltungsgesetz“ (*tokutei himitsu no hogo ni kansuru hōritsu*) erlassen, das von Medienrechtlern und Journalisten scharf als möglicher Maulkorb für die Presse kritisiert wurde (Yamada 2014), 2014 ernannte Abe einen Industriemanager und strammen Nationalisten zum NHK-Präsidenten. Dieser forderte alle Direktoriumsmitglieder zum Rücktritt auf und ließ verlauten, der öffentliche Rundfunk könne nicht „links sagen, wenn die Regierung rechts sagt“ (Shūkan Post 2014). In all diesen Fragen stellte sich die Zeitungsgewerkschaft gegen die LDP-Regierung. Die Yomiuri Shinbun unterstützte die Regierung dagegen bei all diesen Projekten. In der „Asahi-Affäre“ 2014 ließen die Yomiuri-Manager einen Flyer verteilen, der die ultranationalistische Rhetorik der Kritiker übernahm, und versuchte so die Angriffe auf den Konkurrenten zum eigenen Vorteil zu nutzen (Fackler 2016).

Diese zunehmende Polarisierung steht in Kontrast zur Rationalisierungsthese von Hallin und Mancini. Hallin und Mancini nehmen eine zusammenhängende Entwicklung von politisch anerkanntem Allgemeinwohl und journalistischem Professionalismus an. Dadurch wird letztlich die autonome Entwicklung von „journalistischem Professionalismus“ verneint und auf größere politisch-kulturelle Prozesse auf der Ebene des gesamten politisch-kulturellen Systems zurückgeführt. Mit Bourdieus Feldbegriff lassen sich zusätzlich zur externen Polarisierung im politischen Feld auch interne Gründe für die Polarisierung des Feldes vorstellen, etwa die veränderte Positionierung der Asahi Shinbun seit 2011.

Trotzdem stellen sich einige Fragen in Bezug auf Bourdieus Modell der Pole. Bourdieu unterscheidet keine unterschiedlichen Stufen von Polarisierung innerhalb relativ autonomer Felder. Er konstatiert lediglich, dass die Heteronomie über die unteren Bereiche der Felder Einzug hält. Es stellt sich die Frage, wie sich unterschiedliche Grade von Polarisierung erklären lassen und welche Auswirkungen sie auf die Autonomie eines Feldes haben. Möglicherweise ließe sich unterscheiden in interne Gründe von Polarisierung (das Entstehen einer neuen Fraktion des Journalismus nach 2011) und externe Gründe (der Aufbau der konservativen Kulturschaffenden). Mit Sicherheit schwächt zunehmende Polarisierung aber die Autonomie des Feldes und öffnet Einfallstore für z.B. politische Einflussnahme, wie auch Hallin und Mancini (2004) bemerkt haben.

Forschungsfragen: Gegenbewegungen

Spezifisch auf Japan bezogen lassen sich verschiedene Fragen aus den Erkenntnissen der Arbeit ableiten. Da ist zum einen der Aufbau von pronuklearen Mediensprechern und später einer „pronuklearen Zivilgesellschaft“. Hier gibt es offensichtlich Überschneidungen und Lernprozesse in anderen Bereichen der Politik. Viele der frühen „Atompromis“ waren als „Kulturschaffende mit der rechten Gesinnung“ (*ryōshiki aru bunkajin*) ein Erbe aus Projekten der Konservativen in den 1960er Jahren, um Einfluss in der kulturellen Sphäre zurückzugewinnen. Inaba Hidezō, der eine wichtige Rolle beim Aufbau des ETT spielte, war in den 1980er Jahren ebenfalls Vorstand der Gruppe „Nihon Seiji Kenkyūkai“, die sich rühmt, seit den 1960er Jahren Tausende Journalisten mit „der rechten Gesinnung“ (Kokumin Seiji Kenkyūkai 1965, 2017) in die Medienwelt entsendet zu haben, und die als Reaktion auf die Proteste gegen den japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrag gegründet worden war. Das Japan Productivity Center, wo ETT angesiedelt war, wurde von Gewerkschaftern mit dem Aufbau antikommunistischer Betriebsgruppen in Verbindung gebracht (vgl. Katsuyama 1982). Die Gewerkschaften der Stromversorger sind Mitglieder des Dōmei-Gewerkschaftsverbandes, der beim Aufbau des Japan Productivity Center beteiligt war. Die Ausforschung von Atomkraftgegnern, wie Imanishi (Imanishi und Shūkan Asahi Shuzaiban 2013) sie auf Grundlage von internen Dokumenten des staatlichen Konsortiums Dōnen beschreibt, erinnert stark an die Überwachung durch die antikommunistische Gruppe im Toshiba-Konzern, deren Aktivitäten Yamamoto (1990, 1991) beschrieben hat. In der Tat war auch bei Dōnen für interne Konflikte eine derartige Gruppe aufgebaut worden (Imanishi und Shūkan Asahi Shuzaiban 2013).

Die Ursprünge und Entwicklung der in Kapitel 3 und 4 skizzierten Form des „nuklearen Dorfes“ und ihr Wirken könnten Hinweise auf die Beantwortung des laut Tsujinaka (2012: 9) ungelösten Rätsels geben, warum die LDP-Regierung so lange Bestand hatte. In der Arbeit hat sich gezeigt, dass eine Definition des „nuklearen Dorfes“ als eisernes Dreieck aus Politikern, Unternehmen und Bürokratie nicht ausreichend ist. Man könnte bei der vorliegenden Konstellation eher von einem „eisernen Dreieck Plus“ sprechen. Der Aufbau und die Instrumentalisierung einer *Gegenbewegung* (vgl. Meyer und Staggenborg 1996, Walker 2014) stellt eine Technik dar, sozialen Raum zu besetzen. Diese Technik, die durch staatliche Programme wie die der „Strahlenbeobachter“, „Umweltberater“ und „Konsum- und Lebensberater“ gestützt wird, aber zu einem großen Teil von pri-

vaten Akteuren getragen wird, ist gewissermaßen die Fortsetzung der von Garon (1997) beschriebenen „moralischen Erziehungskampagnen“.

Eine genauere Analyse der Gegenbewegungen in anderen Bereichen könnte auch Hinweise auf die Gründe für die heutige Form der japanischen Zivilgesellschaft geben. Warum haben die japanischen NPOs geringe Mitgliederzahlen und geringe Budgets (Pekkanen 2006: 49)? Eine Antwort könnte im Aktivismus des wirtschaftlichen, bürokratischen und politischen Feldes liegen. Ein Kenner der „pronuklearen Zivilgesellschaft“ berichtete, NPOs wie Asuka seien im Besitz von Listen der Atomkraftgegner. Auf die Frage nach der Aktivität der Anti-Atomkraftbewegung antwortete er lachend, „*die haben wohl kaum das Kapital, um größere Aktivitäten zu veranstalten*“ (Interview mit Kosako Toshisō).

Solche Gegenbewegungen, die innerhalb einzelner sozialer Felder aufgebaut wurden, sind bisher kaum erforscht worden. Das liegt einerseits in der Logik von internen und externen Analysen. Viele politische und soziologische Arbeiten sehen z.B. „die Medien“ (aber auch andere Felder) als Blackbox, denen zwar ein Einfluss auf politische Prozesse zugeschrieben wird, zu deren Analyse aber die analytischen Mittel fehlen. So wird ein stärkerer Einfluss „der Medien“ auf die Politik behauptet (Martin und Steel 2008), es wird aber übersehen, dass diese Entwicklung gerade mit einem Verlust journalistischer Autonomie zusammengefallen ist. Ein weiterer Faktor, der von der Analyse von konservativen Gegenbewegungen ablenkt, ist der Fokus auf emanzipatorische soziale Bewegungen und auf subalterne Gruppen. So gibt es keinen Mangel an Studien über alternative Medien (Liscutin 2013) und die Anti-Atomkraftbewegung (z.B. Aldrich 2013, Oga- wa 2013, Hasegawa 2004, 2013). Gegenbewegungen in Bereichen wie der Arbeiterbewegung, der Verbraucherschutzbewegung oder dem Journalismus sind aber kaum erforscht worden (eine Ausnahme bilden Gordon 1997 und Yamamoto 1990, 1991 für die Arbeiterbewegung; vgl. auch Fuchs 2018 für eine ähnliche Argumentation in Bezug auf die autoritären neuen rechten Bewegungen).

Gegenbewegung in den Medien

Eine wichtige Frage zum Zusammenspiel von Medien und Politik in Japan (wie auch weltweit) ist die nach der Zukunft des professionellen journalistischen Modells. Der Revisionismus und die organisierte konservative Medienkritik sind – wie an den Ausführungen oben klar wird – in Japan Teil eines seit den 1960er Jahren von Teilen der Politik und Wirtschaft vorange-

triebenen Projekts. Seitdem sieht sich der japanische Journalismus kontinuierlichen Angriffen und Einflussnahmen aus dem politischen und wirtschaftlichen Feld ausgesetzt. Die internen Umwälzungen erst in der Sankei Shinbun und später in der Yomiuri Shinbun lassen sich als Entwicklung begreifen, die dazu führt, dass kritische Stimmen mehr und mehr zum Schweigen gebracht werden. Dies geschieht in Japan weniger über direkte Einflussnahme der Regierung, sondern über den Aufbau privater oder feldinterner Gruppen und Einflussnahme aus dem wirtschaftlichen Feld. So wird z.B. ein neuer Manager eingesetzt, der einige Exempel statuiert und politische Gegner innerhalb der Redaktion versetzen lässt oder zur Kündigung treibt (Beppu 2012). Auf diese Weise wird innerhalb einer Organisation Selbstzensur (*jishu kisei*) erzeugt. Es ist nicht direkter Druck durch die Regierung („Zensur“), sondern informeller Druck über private Akteure (wenn auch oft mit Billigung der Regierung), dem sich der japanische Journalismus ausgesetzt sieht. Dieses Muster der Einflussnahme funktioniert heute in ähnlicher Weise wie in den 1960er Jahren. 2015 wurde z.B. von einer anonymen Gruppe in der Sankei Shinbun ein Protestaufruf gegen einen Kommentator des Fernsehsenders TBS geschaltet. Der Betreffende wurde später durch das Management ersetzt. Ähnliche Vorgänge gab es bei den Sendern TV Asahi und bei NHK. Itō hat bereits 1990 bemerkt, dass Journalisten firmenintern in eine schwierige Situation geraten, wenn ihr Name in einer rechten Publikation aufgegriffen wird (Itō 1990: 440). Hinzugekommen ist, dass das Internet eine große Rolle spielt bei der Mobilisierung von Journalismuskritik. Von den grandiosen Ideen des Internets als „Technologie der Freiheit“ ist nach dem Auftauchen der weltweiten autoritären Bewegung, die sich stark auf das Internet stützt (Lobo 2016), nicht mehr viel übrig. Der „Asahi-Vorfall“ ist in dieser Hinsicht für Japan möglicherweise paradigmatisch. Über das Internet lassen sich mit relativ geringem Aufwand einzelne Journalisten aussondern und an den Pranger stellen. Rechtsnationalistische Inhalte lassen sich über das Internet wirksam verbreiten, besonders wenn Gruppen von Meinungsführern kontrolliert oder technische Mittel eingesetzt werden, um den bevorzugten Inhalten zu Prominenz zu verhelfen (Schäfer 2017).

Die Sankei Shinbun ist die einzige große Zeitung in Japan, die in den letzten 10 Jahren keine massiven Auflagenverluste zu verkraften hatte, und ist sehr erfolgreich bei der Verbreitung ihrer Inhalte im Internet (Nagano und Abe 2008)³⁸⁷. Die Frage nach dem Konflikt zwischen Internet-Autoritarismus und professionellem Journalismus konnte in dieser Arbeit kaum

387 Wobei dies nicht unbedingt kommerziellen Erfolg bedeutet.

behandelt werden, stellt aber mit Sicherheit eine immer zentraler werdende Problematik dar. Die vorliegende Arbeit hat zwar gezeigt, dass gerade im Bereich der Zeitungen die Entwicklung der Autonomie nicht nur in eine Richtung verläuft und es eine starke kritische Tradition gibt. Dennoch stellt sich die Frage, ob die jüngsten Entwicklungen in der japanischen Politik, die unter dem Schlagwort „Neigung nach rechts“ (*ukeika*) diskutiert werden, nicht die Fortsetzung eben des konservativen Projektes, die journalistische Autonomie zu beschneiden, darstellen, und was der mögliche Erfolg eines solchen Projektes für das politische System bedeuten würde.

Mit Bourdieus Feldansatz lassen sich solche Formen von Frame-Sponsoring und Medienkontrolle, aber auch von Autonomie und Professionalismus über die Form von bloßen Anekdoten hinaus systematisieren und die zugrunde liegenden Prozesse mit der Analyse von Medieninhalten zusammenbringen.

Mediengattungen, Themen und nationale Felder

Der Grad an Autonomie unterscheidet sich nicht nur in den verschiedenen Bereichen des Feldes, sondern vermutlich auch nach Themenbereichen. Für jede Thematik gibt es eine bestimmte Konfiguration von Interessengruppen, Politikern, Bürokraten, Wissenschaftlern und Journalisten. Dies kann dazu führen, dass der Journalismus in einem Bereich unter Umständen eine hohe Autonomie genießt, aber in einem anderen Themenbereich (bewusst oder unbewusst) starken Einschränkungen unterliegt. Für das journalistische Feld in Japan lässt sich vermuten, dass in den Bereichen, die im Zentrum des Programms des Entwicklungsstaates standen (und stehen), also die „nationalen Maßnahmen“ (*kokusaku*), besonders von der Einschränkung der Autonomie betroffen sind, während dies für andere Bereiche weniger gilt. Ein präziseres Bild der Konstellationen in den jeweiligen Themenfeldern und damit auch ein stärker fundiertes Gesamtbild lässt sich nur über die empirische Untersuchung in verschiedenen Themenbereichen herstellen.

Ebenso gibt es unterschiedliche Grade an Autonomie in verschiedenen Mediengattungen. Diese bilden Unterfelder mit eigenen Kapitalverteilungen und Voraussetzungen. Für das Fernsehen in Japan lässt sich aus verschiedenen Gründen annehmen, dass der Einfluss der Sponsoren um ein Vielfaches höher ist als bei den Zeitungen:

- a) Der Aufwand für eine Produktion ist um ein Vielfaches höher, d.h., das Management hat deutlich mehr Mitsprache bei der Produktion einzelner Programme;
- b) Fernsehsender in Japan unterliegen einem Lizenzsystem und sind daher deutlich anfälliger für Druck der Regierung;
- c) Fernsehsender haben keine Einnahmen aus Abonnements und sind daher komplett von Werbeeinnahmen abhängig.

Relativ bekannt ist z.B. der Fall eines Mitarbeiters von Hiroshima TV, der mit einer atomkraftkritischen Reportage einen Fernsehpreis gewann und dann nach mehreren Beschwerden durch das „nukleare Dorf“ bei der Sendeleitung zusammen mit dem Team (Produzent, Nachrichten-Chefredakteur und stellvertretender Nachrichten-Chefredakteur), das ihn geschützt hatte, in den Verkauf versetzt wurde (vgl. Katō Hisaharu 2012, Interview mit Okahara Takeshi). In einem anderen Fall wurden 2006 bei Mainichi Hōsō, einem regionalen Fernsehsender, die Mitarbeiter nach einer Beschwerde durch das „nukleare Dorf“ auf eine Zwangsbesichtigung eines Atomkraftwerks geschickt. Kansai Electric Power hatte nach der Ausstrahlung eines Programms über kritische Wissenschaftler alle Werbeanzeigen bei dem Sender gestoppt (Interview mit Watari Sawako). Durch die Drohung, Werbespots zurückzuziehen, haben die Stromkonzerne einen enormen Hebel bei den privaten Fernsehsendern. Nachdem einige Exempel statuiert wurden, wird vom Management der Sender, das für das Einholen von Werbeeinnahmen zuständig ist, häufig schon ohne direkte Beschwerden oder Drohungen aus dem „nuklearen Dorf“ Druck ausgeübt, kritische Programme zu entschärfen. Ein Redakteur von Nihon TV hat 2012 den Sender verlassen, nachdem er gezwungen wurde, ein Programm zu ändern. Einen ähnlichen Vorgang gab es bei Fuji TV (Interview mit Mizushima Hiroaki). Zahlreiche Beispiele von reinen Atomkraft-PR-Programmen und Fällen, in denen kritische Journalisten mundtot gemacht wurden, finden sich bei Katō Hisaharu (2012). Auch in Bereichen wie der Musikindustrie gibt es Beispiele, wie kritische Musiker aus dem Mainstream gedrängt wurden. Eine Komikerin berichtete im Interview, dass sie, seit sie begann die Atomindustrie zu kritisieren, keinerlei Aufträge mehr erhält (Interview mit Oshidori Mako). Eine Verbindung von interner und externer Analyse ist in diesen Bereichen allerdings schwierig, weil der Zugang zu Fernseharchiven in der Regel begrenzt ist (vgl. Hayashi 2013, Krauss 2000). So steht die interne Analyse hier vor großen Hürden.

Ob es möglich ist, die oben skizzierten Grundzüge eines (hypothetischen) ostasiatischen oder entwicklungsstaatlichen Journalismusmodells zu prüfen und weiter zu entwickeln, ließe sich nur durch vergleichende

Forschung beantworten. Eine vergleichende Perspektive könnte ebenfalls Antworten auf offene Fragen in Bezug auf das Verhältnis zwischen symbolischem (journalistischem) Kapital und ökonomischem Kapital geben. So stellt sich z.B. die Frage, ob die Existenz eines „*civic Pole*“, also gewissermaßen der Aufhebung des Konflikts zwischen symbolischem und ökonomischem Kapital an der Spitze des Feldes, die Benson in den USA sieht (und den man zu einem gewissen Grad auch in Japan prognostizieren könnte) möglicherweise an eine bestimmte Konfiguration des sozialen Raums bzw. politischen Feldes gebunden ist, beispielsweise die Existenz von eher an individuelle Abgeordnete gebundener Repräsentation im Parlament und damit zusammenhängend die Negation institutionalisierter Parteilinien im Journalismus (vgl. Hallin und Mancini 2004): die Stärke einer Norm der Neutralität.

In diesem Zusammenhang ließe sich z.B. auch fragen, wie sich eine starke Integration oder Kooperation des wirtschaftlichen mit dem politischen und bürokratischen Feld und die interne Geschlossenheit des wirtschaftlichen Feldes (als politische Einheit) auf die Konfliktlinien des journalistischen Feldes auswirkt. Man könnte etwa argumentieren, dass in einem entwicklungsstaatlichen System das Feld der Macht stärker eine Einheit bildet, somit der Konflikt zwischen symbolischem und ökonomischem Kapital stärker wird, während dieser Konflikt weniger prononciert zutage tritt, wenn das ökonomische Kapital weniger monopolisiert und weniger mit dem politischen Feld vernetzt ist. Solche Fragen lassen sich nur über vergleichende Erforschung der internen wie externen Konfiguration beteiligter Felder klären.